

BSBD-Mitglieder in großer Zahl dabei

Stuttgarts Straßen platzen aus allen Nähten – der öffentliche Dienst machte seinen Ärger deutlich

6.000 öffentliche Beschäftigte aus allen Bereichen der Landesverwaltung haben ihren Ärger und Unmut über die vollkommen unverständliche Verweigerungshaltung der öffentlichen Arbeitgeber der TD-L zum Ausdruck und die Straßen in Stuttgart zum Kochen gebracht. Der Protestmarsch schlängelte sich durch große Teile der Innenstadt.

Tarifbeschäftigte, aktive Beamtinnen und Beamte, die ihre Freizeit oder eine aktive Mittagspause einbrachten und unsere immer aktiven Versorgungsempfänger waren unter dem Banner des BSBD in Stuttgart, um den mehr als berechtigten Forderungen nach einer fairen Entlohnung und sozialen Teilhabe lautstark Ausdruck zu verleihen. Sie stellten sicher, dass der Unmut nicht nur in Stuttgart, sondern auch bis an den Verhandlungstisch in Potsdam durchgedrungen ist.

Der BSBD Landesverband Baden-Württemberg dankt an dieser Stelle unseren deutlich mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus fast allen Ortsverbänden! Danke für die gelebte Solidarität und für das gute Gefühl, gemeinsam für unsere Ziele zu streiten und zu kämpfen.

Das WIR stand im Vordergrund und es ist ein gutes Gefühl, so viele Menschen an seiner Seite zu wissen.

Bericht: Alexander Schmid

Alle Fotos: BSBD BW



Der 30. November 2023 wird als besonderer Tag in die Geschichtsbücher des BW eingehen müssen.





Alle Jahre wieder – Ortsverband Schwäbisch Gmünd kam auf dem Weihnachtsmarkt zusammen

Am 30.11.2023 läutete der Ortsverband Schwäbisch Gmünd bei einem gemütlichen Beisammensein auf dem Gmünder Weihnachtsmarkt die Vorweihnachtszeit ein. Der Ortsverbandsvorsitzende Dirk Honigmann und sein Stellvertreter Sascha Schmid hießen die Mitglieder ab 18.00 Uhr herzlich an der Elchbar willkommen. Der Einladung folgten auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, was den Initiator und Organisator des Abends Dirk Honigmann besonders freute und den engen Zusammenhalt innerhalb des Ortsverbandes Schwäbisch Gmünd widerspiegelt. So wurde der Abend erneut zu einem vollen Erfolg und keiner musste hungrig oder durstig nach Hause gehen.

Bericht: Dirk Honigmann



Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst bleibt am Ball – Bei der Tagung in Wiesloch wurde festgelegt, wie die Ziele angegangen werden sollen

Vom 20. bis 21. November 2023 trafen sich die Mitglieder der Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst zu einer zweitägigen Fachgruppensitzung.

Die neue Fachgruppensprecherin Susan Bleile begrüßte die TeilnehmerInnen. Zunächst referierte der stellvertretende Landesvorsitzende und Fachgruppenmitglied Marcus Balke über die aktuellen Themen des Landesvorstands. Fachgruppenmit-

glied Elfriede Ensle-Bohn berichtete von der Landeshauptvorstandssitzung im Juli 2023, auf welcher sie als Fachgruppensprecherin verabschiedet wurde.

Im Anschluss hieran widmete sich die Fachgruppe den aktuell anstehenden Themen:

Hauptaugenmerk lag hierbei auf der Erarbeitung einer sinnvollen Strategie, um unsere Forderungen bzw. Anliegen im Hin-

blick auf die notwendigen Verbesserungen innerhalb der Dienstgruppe des gehobenen Verwaltungsdienstes voranzutreiben.

Die in der letzten Sitzung erarbeitete Prioritätenliste wurde überarbeitet und mit Anmerkungen versehen. Vor allem die strukturellen Verbesserungen, die Aktualisierung der Dienstpostenbewertung aus 2015 sowie die Besoldung im Eingangsamt sollen im Fokus stehen. Auch weitere Themen spielen selbstverständlich eine Rolle – hierbei geht es um die Rekrutierung neuen Personals und Motivation der derzeitigen KollegInnen im gehobenen Verwaltungsdienst.

Die Anliegen will die Fachgruppe in einem Gespräch mit dem Personalreferat des Ministeriums der Justiz und für Migration Baden-Württemberg persönlich besprechen.

Im Anschluss wurden die Termine für das Jahr 2024 sowie die zukünftigen personellen Veränderungen innerhalb der Fachgruppe abgestimmt.

Bericht: Susan Bleile



Markus Balke



Elfriede Ensle-Bohn

Fachgruppe Junge Bedienstete

Strafvollzugsbeauftragte Evers (MdL) im Austausch mit Fachgruppensprecher Philipp Weimann

Die Strafvollzugsbeauftragte der Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Frau Daniela Evers, hat sich Mitte November mit dem BSBD-Fachgruppensprecher „Junge Bedienstete“ Philipp Weimann zu einem Austausch in Stuttgart getroffen.

Das Treffen fand auf Initiative der ehemaligen Vorsitzenden der Grünen Jugend, Aya Krkoutli, die sich schon mehrfach mit Philipp Weimann über die Belange der Jungen Bediensteten im Strafvollzug ausgetauscht hat, statt. Dafür herzlichen Dank.



v.l.: Philipp Weimann, Daniela Evers, Aya Krkoutli

Schwerpunktthema war das Bildungszentrum Justizvollzug. Philipp Weimann machte mehrfach deutlich, wie wichtig und notwendig ein neues, modernes und zentrales Aus- und Fortbildungszentrum ist. Die momentane Situation mit drei Außenstellen und dem Bildungszentrum in Stammheim ist so nicht tragbar.

Nach den Vorstellungen der Fachgruppe Junge Bedienstete wäre die Bündelung von Aus- und Fortbildung an einem zentralen Standort mit hauptamtlichen Lehrkräften unbedingt und zeitnah notwendig.

Auch wenn das „Projekt“ mittelfristig nicht realisierbar scheint, ist es erforderlich die

politischen Entscheidungsträger über die Situation zu informieren, um so den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Eine Pinselrenovierung ist nicht ausreichend.

Gleichzeitig sollte aber auch betont werden, dass das Team des Bildungszentrums Justizvollzug – trotz der Rahmenbedingungen – ein Höchstmaß an Möglichkeiten versucht, um eine reibungslose und gute Ausbildung zu gewährleisten.

Ein weiteres Thema war die aktuelle Situation beim Logistikzentrum Baden-Württemberg. Es ist nicht tragbar, dass Kolleginnen und Kollegen über ein halbes Jahr auf bestellte Dienstkleidung warten müssen. Neue Beschäftigte werden in ihrer Grundausstattung bevorzugt, müssen teilweise aber trotzdem über Monate in ihrer privaten Kleidung Dienst verrichten.

Auch die verringerte Grundausstattung für Tarifbeschäftigte ist nicht nachvollziehbar. Es wird erwartet, dass der normale Dienstbetrieb mit einer minimalen Kleiderausstattung durchgeführt wird. So müssen etwa bei Wind und Wetter im Außenbereich Baustellen bewacht werden, ohne die nötige Kleiderausstattung erhalten zu haben. Es ist auch notwendig, fast täglich die Waschmaschine laufen zu lassen, um ordentlich und sauber in den Dienst kommen zu können. Zustände, die so nicht hinnehmbar sind.

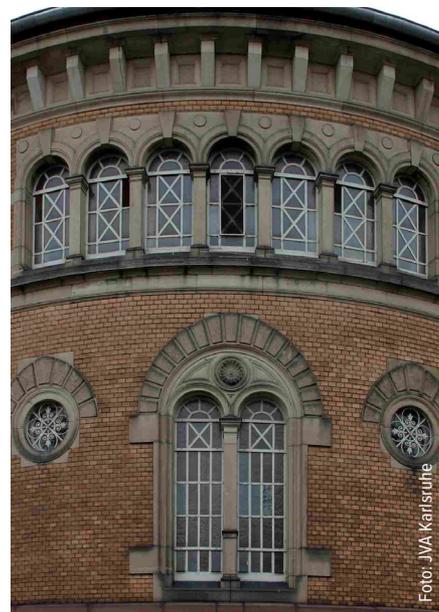
Dieses Themenfeld war für die Landtagsabgeordnete Frau Evers neu und wurde mit Interesse aufgenommen. Die Fachgruppe ist gespannt, ob sich was zum Positiven verändert.

Kollege Weimann sprach am Ende des Treffens Frau Evers seinen Dank für den tollen und offenen Gedankenaustausch aus. Man kann mit gutem Gewissen behaupten, dass sie sich mit Herz den Belangen der Beschäftigten im Justizvollzug annimmt.

Bericht: Philipp Weimann

BSBD vor Ort aktiv

Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Karlsruhe



JVA Karlsruhe

Am 14.12.2023 fand die Jahreshauptversammlung 2023 des Ortsverbands Karlsruhe in der Kantine der Hauptanstalt statt.

Der Vorstand des Ortsverbandes begrüßte sieben Mitglieder, so dass insgesamt zehn Personen anwesend waren. Es war eine kleine, aber feine Sitzung.

Nach dem Kassenbericht von René Hellriegel wurde über die nächste Bildungsfahrt gesprochen – man war sich einig, dass eine zweitägige Fahrt angestrebt werden soll. Das Ziel blieb noch offen.

Im Anschluss thematisierten die Anwesenden ausgiebig die erfolgreichen Tarifverhandlungen und den Beitrag der Gewerkschaften daran, ohne die es sicherlich kein solches Ergebnis gegeben hätte.

In Abwesenheit wurde unser Mitglied J. Enderle für 25 Jahre BSBD-Mitgliedschaft geehrt.

Nach der Sitzung ließ man sich noch gemeinsam Wurstsalat mit Pommes frites schmecken.

Bericht: Uwe Haubold

BSBD-Personalräte tauschen sich aus

Regionalkonferenz kommt auf dem Hohrainhof zusammen

Am 26.10.2023 fand die BSBD-Regionalkonferenz für Personalräte Nordwürttemberg/Nordbaden statt. Der Personalrat der JVA Heilbronn war für die Durchführung der Regionalkonferenz verantwortlich. Als Tagungsort wurde der Hohrainhof (Außenstelle der JVA Heilbronn) gewählt. In der dortigen Kapelle bereiteten die Kollegen des Hohrainhofs alles vor, um für das Gelingen der Tagung zu sorgen.

Zunächst begrüßte der Personalratsvorsitzende und Vorsitzende des BSBD OV Heilbronn, Thomas Stuntz, die Teilnehmer. Besonders begrüßte er den Anstaltsleiter der JVA Heilbronn Herrn Andreas Vesenmaier. Herr Vesenmaier freute sich, dass diese Veranstaltung auf dem Hohrainhof stattfindet. Er betonte, wie wichtig die Personalratsarbeit ist und auch die Zusammenarbeit zwischen Anstaltsleitung und Personalrat. Zum Abschluss seines Grußwortes wünschte er der Veranstaltung einen guten Verlauf.

Es ging dann u. a. um folgende Themen: Berichte aus den Anstalten, Personalsituation, aktuelle Baumaßnahmen und verschiedene andere Themen. Nachdem die Punkte besprochen waren, folgte eine Führung über den Hohrainhof. Diese wurde vom Außenstellenleiter Kollege Ralf Schäfer

durchgeführt. Insbesondere war hier der Weinbau und der Weinkeller interessant. Nach einer kurzen Abschlussrunde und dem Dank an die Kollegen des Hohrainhofs traten die Teilnehmer die Heimreise an.

Bericht: Thomas Stuntz



Foto: BSBD BW

BSBD zeigt Flagge beim BBW

Landeshauptvorstand des BBW tagt in Leinfelden

Verfassungskonforme Besoldung und die Versorgung der Ruhegehaltsempfänger waren zentrale Themen in den Ausführungen des BBW-Landesvorsitzenden Kai Rosenberger in seinem Bericht zur Lage, die die Mitgliedsverbände auch zukünftig verstärkt beschäftigen werden. Eine fünfköpfige Delegation vertrat den BSBD-Landesverband

Baden-Württemberg bei der Landeshauptvorstandssitzung des BBW Beamtenbund und Tarifunion am 22. November 2023 in Leinfelden-Echterdingen. Brandaktuelle Themen waren die stockenden Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag der Länder TV-L und die Personalratswahlen 2024. Darüber hinaus wurden eine umfangreiche

Tagesordnung abgearbeitet und intensive Diskussionen zu unterschiedlichsten Themen geführt. Es war mal wieder ein informativer und produktiver Tag, der das Gefühl vermittelte, dass hohe Ziele nur gemeinsam und solidarisch erreicht werden können.

Bericht: Lars Rinklin



Foto: BSBD BW

v.l.: Andreas Rothböck, Lars Rinklin, Kai Rosenberger, Alexander Schmid, Barbara Reber, Steffen Schelenz, Frank Maertins

BSBD BW an bundesweiter Aktion beteiligt

Aktive Mittagspause im Justizvollzug als neue Form des Protests

In Heilbronn, Freiburg und Ulm haben am 00.12.2023 insgesamt ca. 100 Kolleginnen und Kollegen während ihrer Mittagspause an der Protestaktion teilgenommen und damit ganz klar gezeigt: der BSBD steht an der Seite der Verhandlungsgruppe und ist bereit zu kämpfen.

Vielen Dank an alle, die sich beteiligt haben, egal ob im Vordergrund bei der Aktion oder im Hintergrund an den organisatorischen Aufgaben und allem anderen was dazugehört.

Gemeinsam sind wir als Verband stark und können was erreichen!

Bericht: Michael Schwarz



Ulm



Freiburg



Heilbronn

Der Tarifabschluss 2023 aus Sicht des BDBD BW

Am 09.12.2023 kam es in der dritten und letzten Verhandlungsrunde zur Einigung.



Foto: Fabry

Michael Schwarz

Die wesentlichen Eckpunkte lauten:

Inflationsausgleich 1.800 Euro Inflationsausgleich als Einmalzahlung (Azubis, Studierende, Praktikanten 1.000 Euro), Teilzeit anteilig. Dieser wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt ausgezahlt.

Zusätzlicher Inflationsausgleich monatlich für Januar bis Oktober 2024 jeweils 120 Euro (Azubis, Studierende, Praktikanten monatlich 50 Euro), Teilzeit anteilig.

Entgelt Die Einkommen erhöhen sich zum 1. November 2024 um 200 Euro und zum 1. Februar 2025 um weitere 5,5 Prozent.

Wird dabei insgesamt keine Erhöhung von 340 Euro erreicht, wird der betreffende Erhöhungsbetrag zum 1. Februar 2025 auf 340 Euro gesetzt.

Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 25 Monaten.

Die Landesregierung hat sodann entschieden, das Tarifiergebnis TV-L systemgerecht und zeitnah auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen.

Beamtinnen und Beamte erhalten mit den April-Bezügen zusätzlich zu ihrem Gehalt einmalig und steuerfrei einen Inflationsausgleichs in Höhe von 1.800 Euro, zuzüglich vier Mal 120 Euro für die Monate Januar bis April 2024, danach von Mai bis Oktober jeweils 120 Euro. Teilzeitbeschäftigte bekommen den Inflationsausgleich anteilig. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erhalten den Inflationsausgleich prozentual entsprechend ihres Ruhegehaltssatzes.

Ab November 2024 steigen die Bezüge linear um 3,6 % und ab Februar 2025 linear um weitere 5,6 %.

Wie der BSBD BW das Ergebnis bewertet und Hintergründe dazu, erläuterten Mitte Dezember Landesvorsitzender Michael Schwarz und Landestarifbeauftragte Sabine Glas in folgendem Schreiben an die Mitglieder:

Stuttgart, 17. Dezember 2023



Der Tarifabschluss 2023 aus Sicht des BSBD

Liebe Mitglieder,

die Tarifverhandlungen 2023 sind Geschichte. Auch für den Beamten- und Versorgungsbereich wurden die vorgesehenen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen bereits verkündet. Auch in dieser Sammelpost finden Sie hierzu weitere Informationen, insbesondere auch Analysen und Expertisen. Letztlich darf und muss sich nun jeder aufgrund der eigenen persönlichen Situation seine eigene Meinung dazu bilden.

Aus BSBD-Sicht wurde ein gutes, aber kein überragendes Ergebnis erreicht.

Wir wollen im Folgenden einzelne Hintergründe und Unterschiede im Ergebnis zwischen Tarif, Beamten- und Versorgungsbereich erläutern. Zuerst jedoch gilt es, allen Teilnehmenden für die riesengroße Unterstützung und Beteiligung bei der Kundgebung in Stuttgart sowie bei den aktiven Mittagspausen vor den JVAen Freiburg, Heilbronn und Ulm herzlichen Dank zu sagen!

Der Verhandlungsverlauf

Blickt man zurück auf die Ausgangslage der Verhandlungen von TVöD und TV-L im Herbst, so liegt dazwischen ein uns allen bekanntes Urteil des Verfassungsgerichtes. Diese Rechtsprechung ist für die haushaltstechnischen Entscheidungen im Bund, aber auch in den Ländern von problematischer Bedeutung.

Dennoch gelang es unserer Verhandlungsgruppe unter diesen Vorzeichen für den TV-L mit ein paar Einschränkungen ein gutes und akzeptables Ergebnis zu erzielen, welches im Gleichklang mit dem Ergebnis des TVöD im Frühjahr 2023 steht.

Das Erreichen dieses Ergebnisses war keineswegs selbstverständlich, denn in den ersten Runden legten die Arbeitgeber keine Angebote vor. Erst durch massiven Druck der Basis kam Bewegung in die Verhandlungen. Die Geschlossenheit bei den Demonstrationen, allein **6.000 Teilnehmende** in Stuttgart oder bei weiteren Aktionen, wie die vom BSBD, **wo hundert Bedienstete in ihrer Mittagspause** vor den Vollzugsanstalten in Heilbronn, Ulm und Freiburg auf die Forderungen aufmerksam machten, führte bei den Arbeitgebern zu einem Umdenken.

Zum Ergebnis

- Eine **Erfolgsmeldung** für unsere im Tarif beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in den Krankenrevieren geht leicht unter, deshalb wollen wir sie zuerst erwähnen: **Erstmalig** erhalten nun auch sie ihre wohlverdiente **Pflegezulage** wie die in den Krankenrevieren eingesetzten beamteten Kolleginnen und Kollegen!
- **Enttäuschend** ist, dass die TdL nicht bereit war, über die seit den 1970er Jahren nicht mehr geänderte **Entgeltordnung** zu verhandeln. Daher konnte auch unsere Forderung, im Justizvollzug eine E8 und E9 einzuführen, nicht erreicht werden. So werden dringend zu besetzende Arbeitsplätze weiterhin unbesetzt bleiben! Immerhin wird es zu diesen Punkten im Rahmen der sogenannten Tarifpflege, die sich nun an die Verhandlungen anschließen, noch weitere Gespräche geben. Hoffen wir das Beste für einen guten Ausgang.

Auch zur Absicherung von Tarifbeschäftigten bei **Berufsunfähigkeit** wurde nicht verhandelt. Hier wird sich das Land im Rahmen seiner Fürsorgepflicht nun selbst um eine Lösung bemühen müssen.

- Im Übrigen findet der **monetäre Abschluss** weitgehend Zustimmung sowohl bei Tarifbeschäftigten als auch bei den Beamten- und Versorgungsempfängern. Jedoch gibt es hier aufgrund der unterschiedlichen Systeme **eine bedeutende Abweichung** bei dem sogenannten **Sockelbetrag**, der bei den Tarifbeschäftigten zum 1. November 2024 mit 200 Euro tabellenwirksam zum Tragen kommt. Bei den Beamten und Versorgungsempfängern wird es stattdessen zum 1. November 2024 eine **lineare Erhöhung der Bezüge um 3,6 %** geben. Im Ergebnis werden viele Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug keine 200 Euro Zuwachs erreichen. Nachvollziehbare Begründung ist, dass auf den Beamten- bzw. Versorgungsbereich nur übertragen werden kann, was auch rechtlich zulässig und systemgerecht ist. Das ist bei Sockelbeträgen nicht der Fall:

Im Beamtenrecht gilt der Leistungsgrundsatz zwischen den Besoldungsgruppen, aus dem sich ein **Abstandsgebot** herleitet. Das Abstandsgebot muss auch bei allgemeinen Besoldungserhöhungen stets gewahrt bleiben. Ein Sockelbetrag widerspricht diesem Prinzip. Im Zusammenhang mit den früheren Bundesverfassungsgerichtsurteilen zur amtsangemessenen Alimentation wurde das Abstandsgebot besonders gewürdigt und hat in Bezug auf das Verhältnis zu Sozialversicherten erfreulicherweise im Dezember 2022 zur Umsetzung des 4-Säulen-Modells, zunächst für die mittleren Dienste, geführt. Das Abstandsgebot muss wegen des Leistungsgrundsatzes aber auch im Inneren zwischen den Besoldungsgruppen gelten. Es liegt auf der Hand, dass das Abstandsgebot nun nicht im Rahmen der Übernahme des Tarifergebnisses außer Acht bleiben kann.

Aber **dennoch** hätte die Möglichkeit bestanden, den Sockelbetrag individuell in Linearanpassungen umzurechnen und damit systemgerecht auf das Beamtenrecht zu übertragen. **Hier hätten wir, mit Blick auf andere Bundesländer, von Baden-Württemberg mehr erhofft und sind entsprechend enttäuscht!**

- Mehr erhofft hätten wir auch für unsere Pensionäre, die die Inflationsausgleichsprämie **nur anteilmäßig** erhalten sollen. Eine lebenslange Alimentation bedeutet nach unserer Auffassung eine Gleichbehandlung wie die der aktiven Beamten.
- Nicht zuletzt hätten wir auch eine zeitnahe Umsetzung erwartet.

Zusammenfassend wurde aus Sicht des BSBD ein guter Kompromiss erreicht, bei dem die Beteiligten Erfolge verzeichnen können, aber auch Abstriche hinnehmen müssen.

Aber: Ohne Euer Mitwirken bei den Unterstützungsmaßnahmen für die Verhandlungsgruppe wäre selbst dieser Kompromiss nicht möglich gewesen!

Für die Bereitschaft, sich aktiv an den Aktionen zu beteiligen, den vielen Helfern bei den Vorbereitungen und allen anderen, die in dieser Zeit in den Anstalten Dienst verrichteten, um den Betrieb aufrecht zu halten und die Teilnahme der anderen zu ermöglichen, an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön! Es war toll, zu erleben, was wir gemeinsam erreichen und bewirken können.

Man sieht: Wir brauchen Eure Unterstützung, um voranzukommen. Auch kleine Schritte führen nach vorne. Keine Beteiligung bedeutet Stillstand und das wollen wir nicht.

Mit den besten Grüßen

Euer



Michael Schwarz
Landesvorsitzender

Eure



Sabine Glas
Landesfachgruppenvertreterin Tarif

